

Rhein-Hunsrück-Zeitung

vom 30.07.2011

Rhens und Untermosel verhandeln über Fusion

Gebietsreform Bürgermeister Seibeld: Vor- und Nachteile sachlich prüfen

Von unserer Redakteurin
Angela Kauer

■ **Koborn-Gondorf/Rhens.** Die mögliche Fusion zwischen den Verbandsgemeinden Rhens und Untermosel nimmt konkrete Formen an. Ein erstes offizielles Gespräch zwischen den Bürgermeistern Helmut Schreiber (SPD, Verbandsgemeinde Rhens) und Bruno Seibeld (FWG, Verbandsgemeinde Untermosel) hat es bereits gegeben. Das bestätigt Seibeld gegenüber unserer Zeitung.

Schon im Herbst vergangenen Jahres hatte die VG Untermosel einen Grundsatzbeschluss gefasst, wonach sie zu Fusionsgesprächen mit anderen VGs grundsätzlich bereit ist. „Maßgabe war für uns immer, dass die Ortsgemeinden der VG Untermosel auch nach der Gebietsreform alle zum Landkreis Mayen-Koblenz gehören“, erläutert Seibeld. Seine Verbandsgemeinde habe damit sowohl Rhens als auch Treis-Karden im Nachbarbereich Cochem-Zell Verhandlungsbereitschaft signalisieren wollen.

Dass jetzt Rhens zuerst auf die Untermosel zugekommen sei, erscheine vielen unter emotionalen Gesichtspunkten unpassend, sagt Seibeld: „Da prallen regionale Identitäten aufeinander. Wir fühlen uns der Terrassenmosel zugehörig, die VG Rhens mit den Rheingemeinden Rhens, Brey und Spay hat

den größeren Bezug zum Mittelrhein.“ Aber Verbandsgemeinden seien keine historisch gewachsenen Gebilde, sondern Verwaltungseinheiten, deren Grenzen immer wieder verändert wurden.

Emotionalitäten spielten zwar eine Rolle, sollten aber aus Sicht des Verwaltungschefs die sachliche Diskussion nicht überlagern. „Es muss uns gelingen, die Bevölkerung mitzunehmen und ihr klar zu machen, dass Heimatgefühle nicht verloren gehen, wenn wir miteinander fusionieren“, sagt Seibeld. Es gehe in erster Linie darum, Ver-

waltungsstrukturen zu straffen. Deshalb gelte es jetzt, die Vor- und Nachteile einer Zusammenlegung zu prüfen und auf sachlicher Ebene Entscheidungen zu treffen. „Der Prozess steht erst ganz am Anfang“, sagt Seibeld. Sparpotenzial sieht er zum Beispiel in dem, was er „Back-office“ nennt, weil die Bürger damit selten direkt in Berührung kommen – also im Bereich der Abwasserwerke oder der Personalbüros. Fest steht für ihn: „Keiner unserer Mitarbeiter, ob in Rhens oder hier in Koborn-Gondorf, wird seinen Arbeitsplatz verlieren.“ Und – wichtig für die Bürger – sie sollen nach wie vor ihre Geschäfte dort regeln können, wo sie wohnen. Das bedeutet, dass es auch nach einer Zusammenlegung der VGs zumindest ein Bürgerbüro in Rhens geben wird.

Wollen die beiden Verbandsgemeinden auf die „Hochzeitsprämie“, die das Land bei einer freiwilligen Fusion zahlt, nicht verzichten, müssen die VG-Räte bis zum 30. Juni 2012 eine Zusammenlegung beschließen. Viel Zeit bleibt also nicht – zum mindestens die Hälfte der Ortsgemeinderäte einer Fusion zuvor zustimmen muss. Noch nicht vom Tisch sind außerdem die Gespräche mit der VG Treis-Karden. Es gibt eine offizielle Einladung für den August. Treis-Karden wird allerdings auch mit Cochem und Kaisersesch verhandeln.



Noch Platz für den Rhein? Die Säule vor der VG-Verwaltung Koborn-Gondorf zeigt bisher nur die Mosel.

Vorgezogene Verbandsgemeinderatswahlen sind theoretisch möglich

Der Zeitplan ist eng: Bis zum 30. Juni 2012 müssen die Verbandsgemeinderäte in Rhens und an der Untermosel eine freiwillige Fusion beschließen – sofern sie denn nach Abschluss der gerade erst begonnenen Gespräche weiter in Betracht kommt. Abgeschlossen sein muss die Gebietsänderung spätestens zur **Kommunalwahl 2014**. Dann werden ein neuer Bürgermeister und ein neuer Verbandsgemeinderat ge-

wählt. Für die politischen Parteien in den beiden Verbandsgemeinden bedeutet das, dass sie sich ebenfalls spätestens bis dahin zusammenraufen müssen. Zur Kommunalwahl müssen sie nämlich **gemeinsame Listen** aufstellen.

Theoretisch können die beiden Verbandsgemeinden ihre „kommunale Ehe“ auch vor den Wahlen 2014 schließen. Dann, so teilt das rheinland-pfälzische Innenministerium

auf Anfrage mit, müssten Rat und Bürgermeister **sofort neu gewählt werden**. Der Rat bliebe allerdings nur bis zur allgemeinen Kommunalwahl 2014 bestehen. Wie der Bürgermeister der VG Untermosel, Bruno Seibeld (FWG), mitteilt, wird das an Mosel und Mittelrhein aber gar nicht diskutiert: „Der Vollzug der möglichen Fusion ist nur für das Jahr 2014, also mit der turnusmäßigen Kommunalwahl, realistisch.“ *ank*